

Fast jeder Tag bringt neue Meldungen über „Strukturenreformen“, „Budgetierung“, „Teilpauschalierung“ und andere „Denkanstöße“ für die *künftige* Gestaltung des kassenärztlichen Honorierungssystems.

Der einzelne Kassenarzt tut gut daran, diese Diskussionen zu verfolgen; er sollte sich aber in seinem *täglichen* ärztlichen Verhalten und seinem Überweisungs- oder Abrechnungsgebaren nicht ins Bockshorn jagen lassen. Daß jeder einzelne durch Sparsamkeit mit dazu beitragen kann, die Finanzierbarkeit unseres ganzen, nach wie vor qualitativ hochstehenden Systems der ärztlichen Versorgung der Bürger zu erhalten, das dürfte längst jedem klar sein.

Es wäre ganz und gar falsch, nun schon große prinzipielle Unterschiede zwischen den aktuellen Honorarabschlüssen einzelner Kassenärztlicher Vereinigungen entdecken zu wollen. Denn für die diesjährige Verhandlungs-

Klarheit beim Honorar

runde gilt zwar, daß in jedem Landesbereich ohne vorgegebene Zahlen verhandelt wird. Die „Bundesempfehlung“ der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und der Spitzenverbände der RVO-Kassen vom 14. Juni 1985 besagt abweichend von früheren Jahren lediglich, daß sich der Zuwachs der Gesamtvergütung für kassenärztliche Leistungen bis Mitte 1986 „im Einklang mit dem Zuwachs der Grundlohnsommen halten“ soll. Ob man diesen „Deckel“ danach wieder vom Topf herunterkriegt, das kann gegenwärtig niemand voraussagen.

Unter dem „Deckel“ aber ändert sich vorläufig prinzipiell nichts; die Gesamtvergütung wird grundsätzlich nach Einzelleistungen verteilt. Das ist, um die Dinge einmal beim Namen zu nennen, in Häuß-

lers KV-Bereich Nord-Württemberg prinzipiell nicht anders als in Sewerings Bayern. Gerade Sewering hatte ja versprochen, bei der neuen bayerischen Honorarvereinbarung die Einzelleistungsvergütung energisch zu verteidigen; dies ist gelungen, wie auf den Nachrichtenseiten dieser Ausgabe nachzulesen ist. Und daran will jeder gewählte Kassenarzt-Vertreter festhalten, solange es geht.

Fühlbare Einschränkungen werden künftig unumgänglich sein, schon um dem Nachwuchs ein Auskommen zu sichern. Aber einen „von der Sorge um seine Existenz gequälten Arzt“ kann niemand wollen, auch nicht die Krankenkassen. Das hat Willi Heitzer, der alternierende Vorsitzende des AOK-Bundesverbandes, erst dieser Tage wörtlich vor der Presse bekräftigt. Wenn in gemeinsamem Bemühen alle in Partnerschaft zusammenstehen – die Vertragspartner ebenso wie jeder einzelne Arzt zu seiner KV –, dann kann, dann muß es gelingen. gb

Noch nicht vom Tisch . . .

hier gewichtige Worte mitreden.

Was steckt dahinter? Obwohl sich die Entwicklung der Kommunal финанzen im ersten Halbjahr 1985 mit einem Finanzierungsüberschuß von 153,3 Millionen DM nicht schlecht anläßt, befürchten die Kommunalpolitiker mit Recht, daß ihnen die beabsichtigte Steuerreform der nächsten Legislaturperiode Probleme beschert. Das könnte den kräftigen Zuwachs der kommunalen Steuereinnahmen um 4,8 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum

des Vorjahres auf 23,4 Milliarden DM bremsen.

Zur Aufbesserung der Gemeindefinanzen eine weitere Erhöhung der Umsatzsteuer zu propagieren ist in Wahljahren für Volksparteien höchst problematisch. Also?

Das bisherige Unverständnis des Bundesfinanzministers für die steuerrechtliche Diskriminierung von Vorsorgeaufwendungen der Freien Berufe im Vergleich zu denen der Arbeitnehmer, der Beamten und Gewerbetreibenden läßt bisher nur den Schluß zu, daß die Freien Berufe hinsichtlich der Einbeziehung in die Gewerbesteuer oder in eine anders benannte, jedoch absolut vergleichbare Steuer dem Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg nicht trauen können. FM

Anlässlich eines Gespräches mit dem Präsidenten des Bundesverbandes der Freien Berufe hat Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg erklärt, es gebe keine Pläne im Bundesfinanzministerium für die Einbeziehung der Freien Berufe in die Gewerbesteuer.

Die Angehörigen der Freien Berufe können mit dieser Mitteilung nicht zufrieden sein. Sie signalisiert allenfalls wohlwollende Neutralität, denn der Minister hat nicht erklärt, daß er persönlich oder gar von Amts wegen sich *gegen* eine Einbeziehung der Freien Berufe in die Gewerbesteuer ausspreche.

Nicht einmal die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU äußert sich vorbehaltlos, da die Kommunalpolitiker